

Lebensbedingungen niederländischer Zwangsarbeiter in der rheinisch-westfälischen Kriegswirtschaft des NS-Staats (1940–1945) (Dissertationsprojekt)

VON DEN GESCHÄTZTEN insgesamt 13,5 Mio. Zwangsarbeitern, die zwischen 1939 und 1945 im Deutschen Reich eingesetzt wurden, kamen ca. 475.000 Arbeitskräfte aus den besetzten Niederlanden.¹ Der nach deutschen Wirtschaftsinteressen organisierte, massenweise »Reichseinsatz« niederländischer Arbeitskräfte setzte unmittelbar nach Beginn der Besetzung der Niederlande durch die deutschen Truppen und das Reichskommissariat im Mai 1940 ein. Dabei stand neben der deutschen Intention, den Arbeitskräftemangel in der NS-Kriegswirtschaft zu beheben, auch die Überlegung »pragmatisch« denkender niederländischer Wirtschaftspolitiker, der grassierenden Massenarbeitslosigkeit im eigenen Land Herr zu werden, indem sie niederländische Arbeitslose ins Deutsche Reich vermitteln halfen. Schon vor Mai 1940 hatte die niederländische Regierung massiv und offensiv auf die Vermittlung von Arbeitskräften nach Nazi-Deutschland gesetzt, um eine Verminderung der nationalen Massenarbeitslosigkeit zu erreichen: So wiesen niederländische Arbeitsminister zwischen 1938 und 1940, mit kurzer Unterbrechung bei Kriegsausbruch im September 1939, die lokalen Arbeitsämter an, niederländischen Arbeitslosen, die sich weigerten, eine Stellung in Deutschland aufzunehmen, die Unterstützungszahlungen zu verweigern, um dadurch Druck auf die Betroffenen auszuüben und sie so letztlich doch noch zu einer Arbeitsaufnahme im Reich zu bewegen.

Bis etwa Mitte 1942 reisten die niederländischen Arbeitskräfte zumeist auf der Basis mehr oder weniger regulärer Arbeitsverträge nach Deutschland. Doch bereits die institutionelle Zentralisierung der niederländischen Arbeitsvermittlung nach deutschem Vorbild im September 1940 und die Arbeitspflichtverordnungen der deutschen Besatzungsbehörde in den Jahren 1941 und 1942 stellten die Weichen für die spätere, großangelegte Zwangsverpflichtung von sowohl Arbeitslosen als auch erwerbstätigen Arbeitskräften, die nun kurzerhand aus ihren heimischen Betrieben abberufen (»ausgekämmt«) und ohne Einfluss auf Wahl des Standorts oder der auszuübenden Tätigkeit auf Betriebe in ganz Deutschland verteilt wurden. Unter der Ägide des *Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz* Fritz Sauckel und mitunter im Widerstreit verschiedener Instanzen des polykratisch funktionierenden NS-Staats verschärfen sich die Aktionen zur Aufbringung und Verschickung weiterer niederländischer Arbeitskräfte zusehends und mündeten schließlich, ab

1 Vgl. M. SPOERER, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, München 2001 und U. HERBERT, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985.

Herbst 1944, bereits unter dem stetig wachsenden Druck des Näherrückens der Alliierten, in gewaltsamen, militärisch durchgeführten Verhaftungsaktionen in zahlreichen niederländischen Gemeinden. Während dieser Razzien in der unmittelbaren Kriegsendphase wurden noch einmal ungefähr 140.000 Niederländer von der deutschen Wehrmacht aufgegriffen, um sowohl in den Niederlanden – hier vornehmlich zum Bau von Verteidigungsanlagen gegen die anrückenden Alliierten – häufiger aber noch im Reich unter katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen Zwangsarbeit zu verrichten.

Trotz zahlreicher grundlegender Studien zu Krieg und Besatzungszeit in den Niederlanden im Allgemeinen und einiger Untersuchungen zu politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Organisation und Durchführung des Arbeitseinsatzes niederländischer Zwangsarbeiter im Besonderen, gerieten die realen Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser nationalen Zwangsarbeiter-Gruppe in Nazi-Deutschland nur selten in den Blick.² Über die tagtägliche Behandlung niederländischer Arbeitskräfte durch Betriebschefs, Vorarbeiter, deutsche »Arbeitskollegen« sowie Zwangsarbeiter anderer Nationen, Exekutivorgane des NS-Staats wie Ortspolizei, Gestapo, SS, Verwaltungsbeamte und das Gros der deutschen Bevölkerung – ob Parteimitglieder oder »ganz normale Deutsche« – am Arbeitsplatz, in ihren Wohnstätten und in der Öffentlichkeit, im städtischen oder ländlichen Raum, gibt es bislang leider noch immer kaum systematische Forschungsergebnisse.³ An dieser Stelle möchte die Studie einsetzen.

Ziel der Dissertation ist es, eine genaue Untersuchung der Lebensumstände und -bedingungen niederländischer Arbeitskräfte im NS-Staat zwischen 1940 und 1945 durchzuführen. Aufgrund der schier unübersehbaren Menge an Quellenmaterialien (NS-Verwaltungsakten, Wirtschaftsakten, Statistiken, Berichte, Ego-Dokumente, etc.) und des Anspruchs, eine möglichst detaillierte aber dennoch überschaubare Forschungsarbeit vorzulegen, galt es zunächst, eine räumliche Eingrenzung des Untersuchungsgebiets vorzunehmen. Hier erschien aus verschiedenen Gründen eine Zentrierung der Untersuchung auf das Verwaltungsgebiet des rheinisch-westfälischen Wehrkreises (Wehrkreis VI), bzw. des Gebiets der Reichsgaue Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Essen, Düsseldorf und Köln-Aachen sinnvoll: Zum einen befinden sich in diesem Untersuchungsgebiet mit dem Ruhrgebiet, einem zentralen Standort der NS-deutschen Kriegswirtschaftsproduktion,

- 2 Hinsichtlich der grundlegenden Studien zu Krieg und Besatzungszeit sind vor allem zu nennen: L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, 14 Bde. Den Haag 1969–84 und G. HIRSCHFELD, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung. 1940–1945*, Stuttgart 1984. Den Arbeitseinsatz niederländischer Zwangsarbeiter untersucht: B.A. SIJES, *De arbeidsinzet. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland, 1940–1945*. Den Haag 1966, zweite Auflage erschien im Jahr 1990.
- 3 Die bisher einzige zentrale wissenschaftliche Gesamtdarstellung zu den niederländischen Zwangsarbeitern datiert aus dem Jahr 1966. Zudem bietet sie auf lediglich 93 Seiten Informationen zu den Lebensbedingungen der niederländischen Arbeitskräfte in Nazi-Deutschland, die sich auf eine eher dünne Quellenbasis stützen. Siehe: SIJES (wie Anm. 2), S. 416–509.

und mit weiten Teilen des westfälischen ländlichen Gebiets, einem wichtigen Produktionsstandort der nordwestdeutschen Agrarwirtschaft, zwei Areale, in denen besonders viele (niederländische) Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Mittels dieser räumlichen Beschränkung auf Rheinland-Westfalen und seine spezifische wirtschaftsgeografische Verfassung kann der Arbeitseinsatz von Niederländern im Reich für die drei Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen anhand einzelner lokaler und regionaler Fallbeispiele (Westfälisches Agrargebiet, Ruhrgebietsindustrie, städtischer Dienstleistungsbereich etc.) detailliert und gleichsam übersichtlich herausgearbeitet werden. Zum anderen rückt durch die räumliche Eingrenzung auf das Rheinland und Westfalen die Masse der niederländischen Grenzpendler, deren Lebensbedingungen und deren rechtlicher und sozialer Status innerhalb des nationalsozialistischen Systems der Ausländerbeschäftigung noch zu klären sein werden, in den Fokus der Untersuchung.⁴ Eine vergleichende Analyse der Lebensbedingungen niederländischer Grenzpendler und solcher Arbeitskräfte, deren Arbeitseinsatz durch »ununterbrochenen« Aufenthalt im Reichsgebiet gekennzeichnet war, trägt somit auch dazu bei, ein zunehmend nuanciertes Verständnis des Wesens und der sozialen und individuellen Bedeutungsvielfalt der Phänomene »Zwangsarbeit« und »freiwilliger Arbeit« im NS-»Reichseinsatz« zu gewinnen.

Die Untersuchung ist in erster Linie sozialgeschichtlich orientiert, weshalb vorrangig Ego-Dokumente wie beispielsweise Lebensberichte, Briefe und Zeitzeugengespräche sowie andere erinnerungsgeschichtliche Quellentypen untersucht werden. Hierbei soll besonders einer erst kürzlich zugänglich gemachten Sammlung mit Archivmaterialien der Vereinigung ehemaliger niederländischer Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg besondere Beachtung geschenkt werden.⁵ Des Weiteren bilden Unterlagen zuständiger NS-Behörden, deutscher Wirtschaftsbetriebe und Beweisführungsmittel der Strafverfolgung von NS-Tätern in der Nachkriegszeit einen wichtigen Quellenstock. Das Forschungsvorhaben, das im Januar 2009 begonnen wurde, soll aller Voraussicht nach 2012 abgeschlossen werden.

Christian Kuck

- 4 Ungefähr 18.700 Grenzpendler überschritten zeitweilig zwischen 1940 und 1945 werktags die deutsch-niederländische Grenze, um in einem grenznahen deutschen Betrieb einer Beschäftigung nachzugehen. Sie konnten, im Gegensatz zu anderen niederländischen Arbeitskräften/Zwangsarbeitern im Reich, ihre arbeitsfreie Zeit in ihrem Heimatort im niederländischen Grenzgebiet verbringen, unterlagen ansonsten jedoch ebenfalls in vergleichbarem Maße dem Zwang und der Willkür der NS-Arbeitseinsatzpolitik. Über ihre Lebensbedingungen und vor allem über ihren Status innerhalb des Bereichs der nationalsozialistischen Ausländerbeschäftigung ist bisher kaum systematisch geforscht worden. Als Ausnahme hierzu kann gelten: E. GROSSE-VORHOLT, »... wir waren nicht freiwillig hier!«. *Zwangsarbeit und Arbeiterziehung in der Westfälischen Jutespinnerei und Weberei AG Ahaus*, Münster/Hamburg/London 2001.
- 5 Es handelt sich hierbei um das vollständige Archiv der 1987 gegründeten *Vereining van ex-Dwangsarbeiders Nederland in de Tweede Wereldoorlog (VDN)*, das dem *Niederländischen Institut für Kriegsdokumentation* in Amsterdam (NIOD) vor kurzem übergeben wurde.